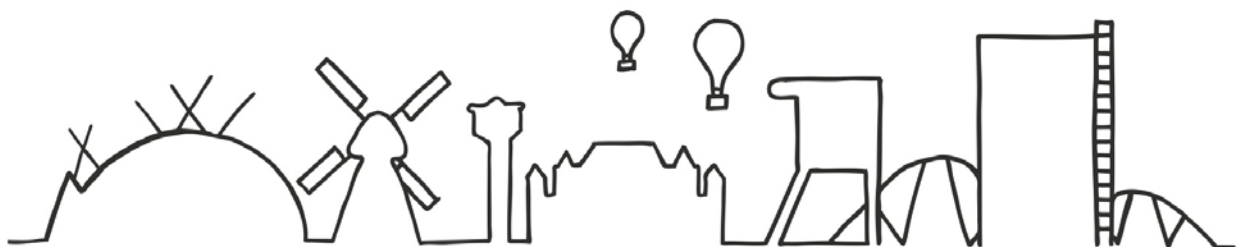


# Grundsatzprogramm der Jungen Union Oberhausen

**Du und JU:**

***Aufbruch. Wandel. Zukunft sein!***



## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Präambel</b>	<b>DU und JU: Aufbruch. Wandel. Zukunft sein!</b>	<b>3</b>
<b>II. Jugend und Bildung</b>		<b>4</b>
<b>III. Engagement und Ehrenamt</b>		<b>5</b>
<b>IV. Kultur, Sport und Freizeit</b>		<b>6</b>
<b>V. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen</b>		<b>7</b>
<b>VI. Familie, Soziales und Migration</b>		<b>8</b>
<b>VII. Infrastruktur und Stadtentwicklung</b>		<b>9</b>
<b>VIII. Umwelt</b>		<b>10</b>
<b>IX. Sicherheit und Ordnung</b>		<b>11</b>

## I. Präambel

Als eigenständige Vereinigung innerhalb der CDU gehen wir von einem christlich geprägten Menschenbild aus und treten für den freiheitlichen Rechtsstaat und die soziale und ökologische Marktwirtschaft ein. Unsere Politik beruht auf der Achtung des Menschen als einmalige, unverwechselbare und eigenverantwortliche Persönlichkeit. Wir setzen uns für ein würdiges Leben für alle, die Erhaltung und Weiterentwicklung von Frieden, Freiheit und für die Erreichung von Gerechtigkeit unter den Generationen ein.

Diese Werte in einem Grundsatzprogramm zu verankern und unsere Vorstellungen und Ideen für unsere Heimatstadt Oberhausen niederzuschreiben war uns ein besonderes Anliegen. Offen für alle Anregungen und konstruktive Kritik suchen und stellen wir uns dem Dialog mit Andersdenkenden. Wir möchten Stimme für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein, die unsere Werte und Ziele teilen.

**Aufbruch. Wandel. Zukunft sein!** Unter diesem Motiv haben wir gemeinsam als Junge Union Oberhausen dieses Grundsatzprogramm erarbeitet.

Unsere Heimatstadt Oberhausen ist eine liebenswerte und lebenswerte Stadt. Allerdings steht sie vor großen Herausforderungen, die es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen gibt. Insbesondere der demografische Wandel stellt zukünftig eine der größten Herausforderungen dar, vor denen unsere Gesellschaft je stand. Um die Zukunft mit zu gestalten, haben sich die Mitglieder der Jungen Union Oberhausen auf den Weg gemacht, um dieses Grundsatzprogramm mit frischen Ideen zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen für unsere Heimatstadt zu erstellen. In einem offenen Prozess waren die Mitglieder der Jungen Union und alle jungen Menschen in Oberhausen aufgerufen, sich hieran zu beteiligen. Anschließend wurden die gesammelten Ideen auf einer dreitägigen Klausurtagung in verschiedenen Workshops diskutiert, beraten und zusammengefasst. Das Grundsatzprogramm wurde von den Mitgliedern der Jungen Union Oberhausen auf der Kreisversammlung am 31. Juli 2015 beschlossen.

Zusammen engagieren wir uns für eine bessere Zukunft in unserer Heimatstadt Oberhausen:

**DU und JU: Aufbruch. Wandel. Zukunft sein!**

## II. Jugend und Bildung

Als politische Jugendorganisation liegen uns die Lebensumstände der Kinder und Jugendlichen besonders am Herzen. Wir wollen ein Sprachrohr für diese Bevölkerungsgruppe sein, die am wenigstens in der Politik, insbesondere der Kommunalpolitik, vertreten ist. Ein gerechter Ausgleich der Interessen aller Bevölkerungsgruppen – jung und alt – macht eine Stadt erst lebenswert. In Zeiten des demografischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft muss daher auch ein besonderer Blick auf die Kinder- und Jugendpolitik geworfen werden. Gute Bildungspolitik ist ein wesentlicher Grundstein für eine erfolgreiche berufliche Zukunft und ein positiver Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt.

### Die JU Oberhausen fordert

- , dass Oberhausen endlich Hochschulstandort wird.
- eine Ausweitung der finanziellen Förderung der Jugendhilfe.
- neue Standorte für Jugendtreffs.
- einen Schulentwicklungsplan, der den Anforderungen des demografischen Wandels der Stadtgesellschaft und auch den Interessen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird.
- die Sanierung und den Neubau von Schulgebäuden.
- den Ausbau der Kooperation mit freien/kirchlichen Trägern beim städtischen Betreuungsangebot.
- die Erstellung eines realistischen Inklusionskonzepts.
- eine bedarfs- und inklusionsgerechte Schulausstattung.
- externes Know-How im Schulunterricht.
- einen zeitgemäßen Politikunterricht unter Einbeziehung der Lokalpolitik in den Schulunterricht.
- eine konsequente Förderung des Übergangs von Schule ins Arbeitsleben (Anlaufstelle, Arbeitsvermittlung, Berufsförderung).
- eine Sprach- und Sozialförderung ab dem Kindergarten.
- mehr Eigenverantwortung für das Jugendparlament (JUPA).
- längere Öffnungszeiten der Schulbibliotheken.

### III. Engagement und Ehrenamt

Die gesellschaftliche Entwicklung schreitet rasant und unaufhaltsam voran. Zunehmende Individualisierung, Verlust sozialer Bindungen, sinkendes Interesse an Politik und das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme machen ehrenamtliches Engagement wichtiger als je zuvor. Um die aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können, benötigen wir mehr Menschen, die sich freiwillig und ohne Streben nach Eigennutz in den Dienst der Gemeinschaft einbringen. Darüber hinaus ist es eine Pflicht und Selbstverständlichkeit, den ehrenamtlich Engagierten die verdiente Anerkennung und Wertschätzung entgegen zu bringen.

#### Die JU Oberhausen fordert

- die Einrichtung einer Ehrenamts-Plattform.
- die regelmäßige Durchführung einer Ehrenamts-Messe.
- eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement, z.B. durch die regelmäßige Verleihung eines Ehrenamts-Preises.
- intensives, öffentliches Werben für ehrenamtliches Engagement, insbesondere an Bildungseinrichtungen.
- eine „Willkommenskultur“ und niedrige Einstiegshürden für Interessierte in sämtlichen ehrenamtlichen Organisationen.
- die Förderung von Spielplatzpatenschaften.
- eine intensive Kooperation zwischen politischen und kirchlichen Jugendorganisationen.
- eine starke Einbindung der Jungen Union in die Mutterpartei CDU, z.B. durch eine „JU-Quote“ bei Kandidaturen für politische Ämter.

## IV. Kultur, Sport und Freizeit

Die moderne Gesellschaft mit all ihren Möglichkeiten stellt uns vor große Herausforderungen. Wir treffen unter dem Aspekt einer enormen Zeitknappheit unentwegt Entscheidungen. Die Freizeit ist in ihrer Entwicklung auf ein geringes Maß geschrumpft. Andererseits ist der Anspruch, die wenige Freizeit sinnvoll zu nutzen, rapide gestiegen. Insbesondere die alarmierenden Zahlen hinsichtlich der Herz- und Kreislauferkrankung, sowie der Übergewichtigen müssen zu einem Umdenken in der Freizeitgestaltung hin zu vermehrt aktiver körperlicher Betätigung führen. Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Baustein der persönlichen Identität. Mit Kultur ist keineswegs nur ein historischer Aspekt verbunden, sondern sämtliche solidaritätsfördernde Maßnahmen. Ziel muss es sein, ein attraktives, differenziertes und zeitgemäßes Kulturangebot bereit zu stellen, das von der breiten Oberhausener Bevölkerung – insbesondere aber von Jugendlichen - genutzt wird.

### Die JU Oberhausen fordert

- den Erhalt des Festivalstandortes / das Anwerben neuer Festivals.
- die Instandsetzung des Stadion Niederrhein / ggfs. Neubau.
- die Errichtung eines städtischen Freizeitparks / Großspielplatzes.
- die Ausweitung der Nutzbarkeit von Spiel- und Sportstätten, z.B. durch veränderte Öffnungszeiten.
- die Schaffung eines multifunktionalen Standortes in Anlehnung an das „Unperfekthaus“ in der Nachbarstadt Essen.
- ein gastronomisches Konzept für den Olga Park.
- ein nachhaltiges Freizeitkonzept für den Revierpark Vonderort.
- ein zukunftsfähiges Kirmes-Konzept.
- eine viel stärkere interkommunale Kooperation im Kulturbereich; ggfs. städteübergreifende Fusionierungen bei kostenintensiven Einrichtungen, z.B. Theater.
- die Förderung privater Kulturstätten.
- die Errichtung eines beleuchteten Walking- / Joggingstrecken-Netzes.
- die Schaffung niederschwelliger Sportangebote im öffentlichen Raum.
- kostenlose Beratungen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Sport.

## V. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Jugendliche und junge Erwachsene stehen vor richtungsweisenden Entscheidungen. Die Wahl der Ausbildung und des Wohnortes beeinflussen maßgeblich ihr weiteres Leben. Als politische Jugendorganisation möchten wir Jugendliche bei diesen Entscheidungen unterstützen, indem wir dazu beitragen, dass Oberhausen in Zukunft eine attraktive, echte Alternative für die weitere Lebensplanung darstellt. Hierzu benötigen wir zwingend Maßnahmen, um jungen Menschen Zukunftssicherheit für ihren Lebensraum und ihren Arbeitsplatz zu geben.

### Die JU Oberhausen fordert

- die Einrichtung eines Wirtschaftsdezernates bei der Stadt Oberhausen und die Schaffung von Wirtschaftslotsen für ansiedlungswillige und bestehende Unternehmen.
- die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes.
- die Senkung der Grundbesitzabgaben.
- die Überprüfung aller städtisch erhobenen Gebühren und gegebenenfalls Angleichungen an unsere Nachbarstädte.
- die sinnvolle Bündelung der Kompetenzen der Verwaltung und städtischen Gesellschaften, die Abschaffung von Überschneidungen in Zuständigkeiten und den Abbau von Redundanzen.
- eine Überprüfung aller Geschäftsführergehälter bei den städtischen Gesellschaften und gegebenenfalls eine Angleichung an das zu tragende wirtschaftliche Risiko.
- ein zeitgemäßes, energieeffizientes Projektgebäude mit modernen, hochwertigen und bezahlbaren Arbeitsplätzen.
- eine zielgerechte Umschulung ausgebildeter Arbeitnehmer und die Abfrage und Nutzung der Qualifikationen von Flüchtlingen.

## VI. Familie, Soziales und Migration

Der demografische Wandel wird große Veränderungen für Deutschland und die Kommunen mit sich bringen. Er stellt eine ebenso große Herausforderung für die Städte dar, wie der Strukturwandel der 1970er bis 1990er Jahre. Deswegen gilt es diesen jetzt politisch aktiv zu gestalten. Für uns als politische Jugendorganisation liegt der Fokus unserer Arbeit auf den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gerade ihre Zukunft muss im Rahmen des demografischen Wandels gestaltet werden. Für die Schaffung einer sozial gerechten Stadtgesellschaft bedarf es somit auch gezielter Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

### Die JU Oberhausen fordert

- die Oberhausener Spielplätze zu sanieren, auszubauen und die Übernahme von Spielplatzpatenschaften aktiv zu bewerben.
- moderne Kita-Strukturen mit flexiblen Abholzeiten.
- die Schaffung von familienfreundlichem Wohnraum durch attraktive Grundstückszuschnitte.
- ein aktives Werben für Wohnen in Oberhausen.
- eine Anpassung der Kindergartenbeiträge auf ein für alle Einkommensgruppen erschwingliches Maß.
- eine deutliche Qualitätssteigerung beim Kita- und Schulessen.
- eine Willkommenskultur unter gegenseitiger Rücksichtnahme für Oberhausen zu schaffen und die Einführung von „Integrationslotsen“ voranzutreiben.
- insbesondere Flüchtlingsfamilien nach Möglichkeit in regulären Wohnungen unterzubringen und so einen Beitrag zur schnellen Integration zu leisten.



## VII. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Wir sind davon überzeugt, dass der Schlüssel für Lebensqualität und Wohlstand in einer Stadt zu großen Teilen in einer gut funktionierenden Infrastruktur und einem mit Weitsicht betriebenen Städtebau liegt. Dabei muss sich Oberhausen als Teil der Metropolregion Ruhr verstehen und verstanden werden. Der in vielen Bereichen der Stadt verpasste Strukturwandel und die bisher nachlässig betriebene Digitalisierung zwingen zum Andersdenken. Der Verkauf des Stahlwerksgeländes war ein „Jahrhundertfehler“ und muss korrigiert werden. Wir stehen daher für liberale Stadtentwicklung und vernetzte Infrastruktur 2.0.

### Die JU Oberhausen fordert

- die Fahrpreise im ÖPNV lediglich an das Ziel der langfristigen Kostendeckung anzupassen.
- die Errichtung von weiteren S-Bahnhaltepunkten, wie z. B. am Rehmer in Alstaden.
- den Ausbau von Park & Ride Parkplätzen an zentralen Autobahnauffahrten und an Haltepunkten des ÖPNV.
- die Modernisierung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes sowie eine „Schnellverbindung“ in die Nachbarstädte.
- den Ausbau und Neubau von Kreisverkehren und die Nachtabschaltung von weiteren Ampeln.
- den unverzüglichen Ausbau der Glasfasertechnik.
- ein homogenes Verhältnis von Wohnbebauung für junge Familien und altersgerechter/barrierefreier Bebauung.
- die Überprüfung des Aufkaufes und des Abrisses von leerstehenden Wohnhäusern, um neue Grünflächen zu schaffen und stark bebaute Straßen zu entlasten.
- die Nutzung industrieller Brachflächen durch störendes und nicht-störendes Gewerbe.
- ehemalige Naherholungsflächen den Bürgern zurückzugeben. Das Alsbachtal muss wieder als Freizeitfläche zur Verfügung stehen.
- kostenfreies Parken in den Innenstädten.

## VIII. Umwelt

Als politische Jugend-Organisation liegt uns eine zukunftsorientierte Umweltpolitik besonders am Herzen. In Zeiten klimatischer Veränderungen ist ein umsichtiger Ressourceneinsatz unumgänglich. Gerade in der Energieerzeugung steigt die kommunale Verantwortung, weshalb der Ausbau dezentraler Energieversorgung in Oberhausen bevorzugt gefördert werden muss.

### Die JU Oberhausen fordert

- einen kombinierten Einsatz von Dachbegrünung und Photovoltaik auf den Dächern öffentlicher Gebäude.
- die Überprüfung einer möglichen Umgestaltung des Babcock-Areals zu einem Landschaftspark nach dem Vorbild des Duisburger Landschaftsparks.
- die Umwandlung der „Gelben Tonne“ in eine Wertstoffmülltonne, in welcher nicht nur Verpackungsmaterial entsorgt werden kann, sondern auch Gebrauchsgegenstände aus Kunststoff und Metall.
- eine energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und den Einsatz von Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zur Steigerung der Energieeffizienz.
- Anreize für „Grüne Unternehmen“ schaffen, beispielsweise durch Verringerung von Abgaben.
- die Ermöglichung von „Urban-Farming“ auf ungenutzten städtischen Grünflächen, eventuell in Verbindung durch eine verstärkte Übernahme von Patenschaften durch Schulen, Verbände oder Vereine.
- den Einsatz von Sickerpflaster im Straßen-, Platz- und Wegebau, um die weitere Versiegelung von Flächen zu vermeiden und die Verdunstung von Wasser in Hitzeperioden zu unterstützen und die Auswirkungen von Starkregen abzumildern.

## IX. Sicherheit und Ordnung

Es ist die Aufgabe und Pflicht einer demokratischen Gesellschaft, jeden Bürger vor Kriminalität und Willkür zu schützen. Unser Rechtsstaat muss auch den Schwächeren schützen, da Konflikte nicht nach dem Recht des Stärkeren, sondern nach Recht und Gesetz entschieden werden. Jeder Oberhausener Bürger muss sich in seiner Stadt frei bewegen und sicher fühlen können. Kriminelle Handlungen und Gewalt müssen bekämpft und gezielt geahndet werden. Die Junge Union Oberhausen tritt deshalb für eine konsequente Sicherheits-Politik zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ein. Polizei und Justiz sowie der stadt eigene kommunale Ordnungsdienst müssen nachhaltig unterstützt werden und jeder Bürger muss eigenverantwortlich seiner Mitwirkungspflicht im Bereich der Sicherheit und Sauberkeit nachkommen. Hierzu muss auch das Bewusstsein für die Sauberkeit in unserer Stadt wieder mehr gefördert werden.

### **Die Junge Union Oberhausen fordert:**

- eine Ausweitung des Kommunalen Ordnungsdienstes.
- eine stärkere gemeinsame Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Abendstunden und an Brennpunkten.
- die strikte Überwachung der Einhaltung und die verstärkte Ahnung von Verstößen gegen das Alkoholverbot auf Spielplätzen.
- die verstärkte Ahndung von Sauberkeitsverstößen insbesondere bei Verschmutzungen durch Hundekot auf Spielplätzen.
- konsequenteres Vorgehen gegen sog. lagernde Personen in Fußgängerzonen, gegebenenfalls auch durch Verhängung von wiederholten Ordnungsgeldern.
- Kameraüberwachung zum Schutz der Bürger an Bahnhöfen und an „sozialen Brennpunkten.“
- eine stärkere Präsenz der Polizei vor Diskotheken.
- eine bessere Beleuchtung und mehr Kontrollen der städtischen Parkanlagen.
- den verstärkten Einsatz von Sicherheitspersonal zur Unterstützung der Busfahrer/innen im ÖPNV in den Abend- und Nachtstunden.
- die Unterstützung und das gezielte Werben für „Notinseln“.
- die Prüfung und die Einführung des sog. „Amsterdamer Modells“ gegebenenfalls mit Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen.
- die Unterstützung und Ausweitung der ehrenamtlichen (Senioren-) Sicherheitsberatung und die Erweiterung der städtischen Präventionsstellen.
- die Verlagerung des Bordells aus der Innenstadt.